

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage ober deren Raum 60 Pfg.
Bergigungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Unverständliche Maßnahmen.

In der Regelung der Lebensmittelversorgung zeigt die Regierung eine recht unglückliche Hand. Es wird uns fortgesetzt versichert, und daran zu zweifeln besteht eine Ursache, daß sich Nahrungsmittel in hinreichender Menge im Lande befinden, aber was nützt uns diese Kenntnis, wenn nicht mit der erforderlichen Energie für die weidmässige Verteilung gesorgt wird. Der Bundesrat hat für eine ganze Menge von Nahrungsmitteln Höchstpreise festgesetzt, auch die Städte haben vielfach von den ihnen auf diesem Gebiete übertragenen Befugnissen Gebrauch gemacht. Aber die Festsetzung von Höchstpreisen hat häufig nur den sichtbaren Erfolg, daß in dem Augenblick, in dem sie in Kraft treten, die betreffenden Waren vom Markt verschwinden.

Diese Wirkung unvollkommener Höchstpreisfestsetzungen läßt sich besonders deutlich beim Schweinefleisch konstatieren. Schweinefleisch ist vom öffentlichen Markt so gut wie völlig verschwunden. Wo solches feilgehalten wird, da erfahren wir vom Fleischer, daß es sich um ausländische Ware handelt, die durch keinen Höchstpreis gebunden ist und nur zu Phantastepreisen abgegeben wird.

Die Höchstpreise für Schweinefleisch spielen nur eine Rolle in den theoretischen Berechnungen des Nahrungsmittelaufwandes. In den bekannten Berechnungen von Calwer ist z. B. der durchschnittliche wöchentliche Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie von 41,00 Mk. im Oktober 1915 auf 38,86 Mk. im November zurückgegangen. Dieses erfreuliche Ergebnis ist erzielt, dank der Höchstpreise für Schweinefleisch. Leider hat die Hausfrau von dieser Berechnung keinen Vorteil, denn Schweinefleisch ist zwar für den Höchstpreis nicht zu haben, aber seit der Festsetzung dieser Höchstpreise klettern die Preise für die anderen Fleischsorten munter in die Höhe, und die sonst als Volksnahrungsmittel so warm empfohlenen „billigen“ Seefische haben das Anrecht auf dieses Beiwort längst verloren. Arme Leute können sich solchen Luxus nicht mehr erlauben.

Die Geschichte der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln ist eine fortgesetzte Kette von Unzulänglichkeiten. Die Kartoffelernte ist anerkanntermaßen ganz außerordentlich reichlich ausgefallen. Deshalb wollte die Regierung zunächst die Verteilung der Ernte ganz dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Es hat lange gedauert, bis man sich entschloß, auch der Stimme der Konsumenten einigebildetes Gehör zu schenken und Maßnahmen zu ergreifen, deren völlige Unzulänglichkeit die Regierung selbst dadurch anerkannte, daß sie fortgesetzt daran herumänderte. Die Reichsregierung kennt doch ihre guten Freunde, die Agrarier, sie weiß, daß diese Herrschaften selbst dann noch nicht zufrieden sind, wenn ihnen die gebatene Tauben in den Mund fliegen. Verdienen sie viel, dann wollen sie noch viel mehr verdienen, und wenn sie fast in ihrem Fett ertrinken, dann bringen sie es noch fertig, über schlechte Zeiten zu klagen.

Statt mit der erforderlichen Energie, die ihr im Bedarfsfall zur Verfügung steht, darauf zu drücken, daß die Produzenten ihre Kartoffeln zum Markt bringen, sah die Regierung mit bewundernswürdiger Langmut zu, wie die Landwirte auf die Verordnungen pfliffen. Gewiß gibt es eine ganze Menge Angehörige dieses Standes, die ihre Pflicht gegenüber der Gesamtheit in vollem Maße erfüllen; die große Masse der Landwirte ließ aber jeden Gemeinssinn völlig vermissen, sonst hätte bei der riesigen Ernte keinen Augenblick eine Kartoffelnot eintreten können, die um so empfindlicher ist, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Kartoffel in noch weit höherem Maße als sonst das Hauptnahrungsmittel des Volkes ist.

Die festgesetzten Höchstpreise lassen den Kartoffelproduzenten einen reichlichen Gewinn, die Bauern wollten aber nicht verdienen. An Bitten und Beschwerden hat es die Regierung nicht fehlen lassen, das ließ aber die Wucherer kalt. Wiederholt ist von maßgebenden Stellen allen Ernstes betont worden, daß die Landwirte nicht damit rechnen dürfen, daß Zuschläge zu den Kartoffelpreisen gewährt würden; daß es deshalb zwecklos sei, die Kartoffeln in der Hoffnung auf höhere Preise zurückzuhalten. Die Herren Gutsherrn hatten dafür nur ein listiges Augenzwinkern, sie konnten ihre Pappenheimer besser. Und sie haben sich nicht getäuscht: Statt die widerpenftigen Produzenten gründlich an die Ohren zu nehmen und die zurückgehaltenen Waren zu beschlagnahmen, hat die Regierung den habgierigen Wucherern eine Prämie bewilligt.

Auf der Generalversammlung Deutscher Kartoffelinteressenten, die am 25. Januar in Berlin tagte, wurde bekanntgegeben, daß die Regierung eingewilligt habe, den Produzentenhöchstpreis für Kartoffeln von 2,75 Mk. auf 4 Mk. zu erhöhen. Den Mehrbetrag sollen die Landwirte als „Schnelligkeitsprämie“ für die schleunigste Herausgabe ihrer Kartoffeln erhalten. Eine gleichzeitig veröffentlichte amtliche Bekanntmachung besagt, daß die Reichskartoffelstelle ermächtigt sei, in ihren Ankäufen für die Städte, die Höchstpreise in gewissen Grenzen zu überschreiten. Für den Verbraucher soll aber das bis auf weiteres nicht fühlbar werden, da die Absicht besteht, mit Hilfe von Zuschüssen aus

öffentlichen Mitteln die Kleinhandelshöchstpreise für den Winterbedarf aufrechtzuerhalten.

Die erste Wirkung dieser Bekanntmachung war, daß in Berlin und auch in den anderen Großstädten die Kartoffeln aus dem Kleinhandel völlig verschwanden. Die Ausuchten auf dem Kartoffelmarkt sind für das laufende Publikum wenig tröstlich. Es ist zu befürchten, daß die Kleinhandelspreise trotz der amtlichen Beruhigungsnotiz bald steigen werden. Mit der Erhöhung des Produzentenpreises um 45 Prozent ist der Appetit der Landwirte gereizt; werden sie nun nicht die Kartoffeln erst recht zurückhalten, um eine weitere Preiserhöhung zu erzwingen? Damit, daß sie jetzt nachgegeben hat, hat sich die Regierung um allen Kredit gebracht. Die Landwirte, die sich bisher den getroffenen Anordnungen gefügt haben, fühlen sich nun für ihr laiales Verhalten gestraft. Sie werden künftig ihre Waren gleichfalls zurückhalten, nachdem sie gesehen haben, daß die Regierung die Dickselligkeit gegenüber ihren Anordnungen so glänzend prämiiert.

In ähnlicher Weise wie die stämmigen Kartoffelbauern werden übrigens auch die Landwirte prämiiert, welche sich gegenüber den Bitten und Ermahnungen, ihr Getreide abzuliefern, taub verhalten haben. Durch Bundesratsverordnungen vom 17. Januar wird für Gerste und Hafer, die bis zum 29. Februar an die Proviantämter abgeliefert werden, eine besondere Vergütung von 80 Mk. pro Tonne und für Lieferungen vom 1. bis 15. März eine solche von 30 Mk. gezahlt. Eine andere Verordnung bestimmt, daß der beschlagnahmte Roggen und Weizen, der bis zum 1. April abgeliefert wird, eine Preiserhöhung erfährt. In einem Aufsatz in der „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich der frühere Zentrumsabgeordnete Dr. Heim, der in der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung in Bayern eine hervorragende Rolle spielt, mit diesen Maßnahmen und nennt sie „bedenkliche Methoden“. Er erinnert daran, daß sich im vorigen Frühjahr ein ähnlicher Vorgang abgespielt hat. Damals bedeutete die Preiserhöhung für die Bauern, die aus vaterländischem Pflichtgefühl ihren Hafer rechtzeitig abgeliefert haben, eine Geldstrafe von 500 Mk. für 100 Zentner Hafer. In den Monaten September bis Dezember 1915 vollzogen sich die Anlieferungen von Hafer in Bayern in glänzender Weise. Dr. Heim berechnet die bisher abgelieferte Menge auf 40 000 Waggons. Da der jetzt eingeführte Aufschlag 600 Mk. per Wagon beträgt, ist die bayerische Landwirtschaft um 24 Millionen Mark geschädigt. Es sind also ganz ungeheure Summen, die den Spekulanten und Wucherern geflohen werden als Lohn dafür, daß sie in eigennütziger Weise ihre Vorräte zurückgehalten haben. Man kann dem Dr. Heim durchaus zustimmen, wenn er sagt: „So erzieht man förmlich die Bauern zur Zurückhaltung und Spekulation.“

Das gleiche Schauspiel erlebt man jetzt auch mit Gemüse. Am 4. Dezember wurden Höchstpreise für Gemüse festgesetzt, die den Produzenten einen reichlichen Gewinn ließen. Weil sie aber mehr verdienen wollten und ihre Waren zurückhielten, wurden am 27. Januar neue, ganz bedeutend höhere Höchstpreise festgesetzt.

Durch offiziöse Notizen sucht man das Publikum auf die in nächster Zeit bevorstehende Erhöhung der Zuckerpriese vorzubereiten. Eine solche Maßnahme muß um so aufreizender wirken, als die ohnehin schon glänzend rentierende Zuckersfabrikation geradezu großartige Kriegsgewinne eingeheimst hat. Es ist schlechterdings unverständlich, daß man den unerfättlichen Zuckerkartoffelbauern noch höhere Profite in die Tasche jagen will. Diese Maßnahme sucht man damit zu begründen, daß man den Rübenproduzenten höhere Preise bewilligen müsse, um sie zu stärkerer Produktion zu ermuntern. Dabei ist aber zu beachten, daß viele Zuckersfabriken ausgedehnte Rübenplantagen in eigenem Besitze haben, und daß sie aus ihren Riesengewinnen sehr gut höhere Preise für die Rüben zahlen können, die sie kaufen, ohne daß deshalb der Preis für ein wichtiges Nahrungsmittel noch weiter erhöht werden brauchte.

Diese Methode, die beim Zucker angewendet wird, bedeutet eine Konzession an den Gedanken, den der bekannte Wirtschaftspolitiker Richard Calwer nicht müde wird, zu predigen. In seiner „Arbeitsmarkt-Correspondenz“ vertritt er bei jeder Gelegenheit die Auffassung, daß hohe Lebensmittelpreise das beste Mittel seien, mit den Vorräten auszukommen. Sie zwingen zum sparsamen Gebrauch und wirken anspornend auf die Erzeugung. Das mag richtig sein, läßt aber außer Betracht, daß die Befolgung solcher Ratsschläge die breite Masse des Volkes notwendig zum Hunger zwingt. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik muß aber vor allem ihr Augenmerk darauf richten, daß die Ernährung des Volkes sichergestellt wird. Wenn die Gefahr besteht, daß die Produktion von Lebensmitteln eingeschränkt, und daß die bereits geernteten Landesprodukte zurückgehalten werden, wenn der Gewinn nicht hoch genug erscheint, dann muß die Staatsgewalt von ihrer Macht rücksichtslosen Gebrauch machen, um die widerstrebenden Elemente zu zwingen, ihre Pflicht zu erfüllen. Gegenüber den zwingenden Anforderungen des Gemeinwohls muß die ewige Rücksichtnahme

auf den Profit der unerfättlichen Agrarier und den Vorteil der gemeingefährlichen Lebensmittelwucherer aufhören.

Immer und immer wieder wird an das Volk die Ermahnung zur Sparsamkeit gerichtet. Diese Ermahnungen sind berechtigt. Es steht Großes auf dem Spiel; jeder muß dazu beitragen, daß die Absicht unserer Feinde, Deutschland auszuhungern, wirksam durchkreuzt wird. Auch das ist ein Mittel, den Krieg bald zu einem glücklichen Ende zu führen. Aber Maßnahmen wie die, die in letzter Zeit auf dem Gebiete der Volksnahrung getroffen wurden und für die nächste Zeit angekündigt sind, untergraben das Vertrauen und sind letzten Endes eine Gefahr für die Landesverteidigung. Wir wollen hoffen, daß auf diesem Wege nicht weitergeschritten wird.

Die Lohnfrage in unseren Tarifverträgen.

Ueber den Zeitlohn in unseren Tarifverträgen haben wir uns in einem früheren Artikel ausgesprochen. Nicht minder wichtig ist aber auch die Regelung der Akkordarbeit. Die grundsätzliche Gegnerchaft gegen die Akkordarbeit, die früher einmal eine gewisse Rolle gespielt hat, ist jetzt, für unsere Organisation wenigstens, ein überwundener Standpunkt. Die Abneigung gegen dieses Lohnsystem entspringt der Befürchtung, daß es eine intensivere Ausnutzung der Arbeitskraft ermöglicht, indem es dem Unternehmer gestattet, durch Herabsetzung des Akkordlohnes den Arbeiter zu immer höherer Anspannung seiner Kräfte anzuspornen. Im Zeitalter der Tarifverträge ist es aber selbstverständlich, daß die Festsetzung des Akkordpreises nicht mehr Sache des Unternehmers allein ist.

Auch der Spielraum, der der „freien Vereinbarung“ zwischen Unternehmer und einzelner Arbeiter gelassen wird, muß möglichst eng umgrenzt werden. Die beiderseitigen Organisationen müssen auf die Festsetzung der Akkordpreise einen möglichst großen Einfluß ausüben. Für gangbare Arbeiten sind zwischen den Organisationen Akkordtarife zu vereinbaren, die zu Bestandteilen des Vertrages werden. Bei komplizierten Arbeiten und wechselnden Mustern ist die Aufstellung eines Tarifes nicht wohl angängig. Wir haben aber jetzt schon in einer Reihe von Verträgen Bestimmungen, die die Fälle regeln, in denen eine unmittelbare Verständigung über den Akkordpreis nicht zu erzielen ist. Diese Bestimmungen sind noch verbesserungsfähig, insbesondere durch den weiteren Ausbau des Schlichtungswesens, auf welches noch zurückzukommen sein wird.

Die Akkordtarife für gangbare Arbeiten werden in der Regel örtliche Tarife sein. Das bedingt neben der Verschiedenartigkeit der Arbeitsmethoden auch die Verschiedenartigkeit der allgemeinen Lohnhöhe in den verschiedenen Teilen des Reiches. Die Arbeitsmethoden weichen auch so stark von einander ab, daß es kaum möglich sein wird, etwa nach dem Muster im Buchdruckgewerbe Grundtarife mit örtlichen Zuschlägen aufzustellen. Dagegen läßt sich in beschränkterem Rahmen eine Vereinheitlichung der Akkordtarife anstreben. In unserer Vertragspraxis, um diesen Ausdruck zu gebrauchen, hat sich bereits der Begriff des Lohngebiets eingebürgert. Wir verstehen darunter die Zusammenfassung mehrerer, räumlich nicht sehr weit auseinanderliegenden Orte mit im wesentlichen gleichen Verhältnissen. Wo die Möglichkeit dazu vorhanden ist, fassen wir diese Orte eines Lohngebiets zu einer einheitlichen Zahlstelle unseres Verbandes zusammen, und ähnliche Bestrebungen, benachbarte Orte zu einem Verwaltungsgebiet zusammenzufassen, sind auch in der Organisation der Arbeitgeber zu beobachten. Diese auf die Schaffung und den Ausbau einheitlicher Lohngebiete gerichteten Bestrebungen sind zu fördern. Innerhalb des Lohngebiets können gleiche Akkordtarife gelten.

In manchen Spezialbranchen kann man auch schon weitergehen. So wäre es z. B. jetzt schon möglich, einen Akkordtarif aufzustellen, der für die Parkettleger im ganzen Reich gilt. In der Stuhlfabrikation liegen die Verhältnisse nicht ganz so einfach, aber auch hier gibt es bereits beachtenswerte Ansätze zur Schaffung von Grundtarifen, die gleichmäßig in räumlich entfernten Gebieten gelten können. In den Gewerben der Bürstenmacher und Korbmacher sind die Voraussetzungen für einheitliche Akkordtarife in höherem Maße vorhanden, doch kommen diese Branchen für die Verträge mit dem Arbeitgeber-Schuhverband für das deutsche Holzgewerbe nicht in Betracht. Dagegen sind unter den Berufsgruppen, welche diese Organisation umfaßt, noch manche, für welche die Schaffung einheitlicher Akkordtarife ernstlich in Erwägung gezogen werden könnte.

In engem Zusammenhang mit der Regelung der Akkordarbeit steht die Lohngarantie. Der Akkordarbeiter, der seine Arbeit ordnungsmäßig verrichtet, soll in der Regel nicht weniger verdienen als im Zeitlohn. Darauf muß schon bei der Vereinbarung von Akkordtarifen für gangbare Arbeiten Rücksicht genommen werden. Die zur Herstellung solcher Arbeiten erforderliche Zeit ist bekannt, und die Akkordtarife müssen so bemessen werden, daß Nachzahlungen nicht in Frage kommen, sofern nicht der Arbeiter durch Ursachen, die er nicht verschuldet, an der ordnungsmäßigen Fortsetzung der Arbeit verhindert ist. Anders liegen die Dinge bei außerordentlichen Arbeiten, bei neuen Mustern und dergl.

Hier wird verlangt werden müssen, daß dem Arbeiter der Stundenlohn gestrichelt ist. Damit ist zunächst gesagt, daß mit jedem Arbeiter, auch wenn er ausschließlich im Akkord beschäftigt wird, ein Stundenlohn vereinbart werden muß. Bei der Festsetzung des Akkordpreises, die möglichst sofort bei Uebertragung der Arbeit erfolgen soll, sind Irrtümer auf beiden Seiten möglich, deshalb ist beiden Parteien das Recht einzuräumen, die Arbeit von der Schlichtungskommission eventuell unter Beizug von Sachverständigen nachprüfen zu lassen.

Die vereinbarte und vertraglich festgelegte Arbeitszeit soll regelmäßig eingehalten werden. Ueberstunden sollten eigentlich überhaupt nicht vorkommen. In einigen großen Städten ist man auch bereits so weit gekommen, durch systematische Bemühungen das Ueberstundenwesen so gut wie völlig zu beseitigen. Im Hinblick darauf ist z. B. im Berliner Vertrag mit voller Absicht ein Zuschlag für Ueberarbeit nicht vorgesehen. Hier herrschte in früheren Zeiten im Tischlergewerbe eine völlig unregelmäßige Arbeitszeit. Dank den unaufhörlichen Bemühungen unserer Organisation, die dem Unwesen fortgesetzt mit den energigsten Mitteln zu Leibe rückte, ist es gelungen, nicht nur die Arbeitszeit zu verkürzen, sondern auch in dieser Beziehung Ordnung zu schaffen. Eines der Mittel, die hierbei in Anwendung gebracht wurden, war die Ausschaltung von Ueberstundenzuschlägen aus dem Tarifvertrag.

Ob es sich empfiehlt, dieses Berliner Beispiel allgemein nachzuahmen, möchten wir bezweifeln. In der Praxis treten eben doch Fälle ein, wo Ueberzeitarbeit nicht zu vermeiden ist. Das sollen aber wirklich nur Ausnahmefälle sein. In unseren seitherigen Verträgen sind Bestimmungen enthalten, welche die Anordnung von Ueberstunden erschweren und Instanzen vorsehen, die ihre Notwendigkeit nachprüfen. Wenn Ueberstunden gemacht werden, dann ist für sie ein Zuschlag zum Lohn zu zahlen. Dieser Ueberstundenzuschlag ist auf der einen Seite eine Anerkennung dafür, daß vom Arbeiter außerordentliche Anstrengungen verlangt werden, andererseits aber auch ein Mittel, um zu verhindern, daß die Ueberstunden zur Regel werden. Der Arbeitgeber soll sich nur bei ganz besonderen Anlässen entschließen, die Leistung von Ueberstunden zu verlangen; und wo das Interesse an der rechtzeitigen Fertigstellung der Arbeit so groß ist, das Ueberstunden unabweisbar sind, da kann dieses Interesse auch in der Gewährung des Lohnzuschlages zum Ausdruck kommen.

Ueber diesen Grundgedanken bestanden bisher zwischen den Parteien keine Meinungsverschiedenheiten, solche traten erst auf, wenn es galt, die Höhe des Zuschlages zu bestimmen. In manchen Verträgen ist die Höhe des Zuschlages in Prozenten des Stundenlohnes ausgedrückt, während in anderen Verträgen eine bestimmte Summe von Pfennigen als Zuschlag für jede Ueberstunde vorgesehen ist. Hier läßt sich eine Vereinheitlichung mit leichter Mühe durchführen, und zwar wird man unseres Erachtens der letztgenannten Methode den Vorzug geben können. Das umsomehr, als der Ueberstundenzuschlag selbstverständlich auch bei Akkordarbeiten zu zahlen ist, und gerade hier der Anspruch des Arbeiters ohne weiteres festgestellt werden kann, wenn als Zuschlag ein bestimmter Betrag vorgesehen ist.

Der Ueberstundenzuschlag könnte jedoch in Beziehung zum Vertragslohn gebracht werden, etwa in der Weise, daß bei einer bestimmten vertraglichen Lohnhöhe der Zuschlag für Ueberstunden, sagen wir 10 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pf. beträgt. Bei höheren Vertragslöhnen wäre der Zuschlag auf 15 Pf. bzw. 30 Pf., bei noch höheren Vertragslöhnen auf 20 Pf. bzw. 40 Pf. zu bemessen. Die Grenzen der Vertragslöhne, bei denen der eine oder der andere Zuschlag automatisch in Kraft tritt, wären in den zentralen Verhandlungen zu vereinbaren. Das kann nicht sehr schwer sein; etwaige Schwierigkeiten kommen aber auch kaum in Betracht, gegenüber dem Vorteil, der darin liegt, daß eine Streitfrage, deren Regelung in den Verhandlungen zwischen den örtlichen Parteirepresenten oft recht viel Zeit in Anspruch nimmt, für diese Verhandlungen künftig völlig auscheiden würde.

Neben dem Zuschlag für Ueberstunden spielt in unseren Verträgen auch der Montagezuschlag eine gewisse Rolle. Als Montagearbeiten gelten alle Arbeiten, die außerhalb der Werkstatt ausgeführt werden. Daß das zur Erreichung des Arbeitsortes etwa erforderliche Fahrgehalt und ebenso die Zeit für die Zurücklegung des Weges vom Unternehmer zu zahlen sind, wird wohl allgemein anerkannt. Dagegen findet man in manchen Verträgen Bestimmungen, welche die Gewährung des Montagezuschlages davon ab-

hängig machen, daß die Arbeit außerhalb der Werkstatt eine gewisse Mindestzeit in Anspruch genommen hat. Diese Beschränkung ist im Grunde genommen sachlich nicht begründet, und man kann die Zeitgrenze völlig entbehren, wenn der Montagezuschlag als Zuschlag zum Stundenlohn berechnet wird. Bei Montagearbeiten, die nur geringe Zeit in Anspruch nehmen, wird der Gesamtbetrag der Zulage nur gering sein, aber ein Streit darüber, ob im Einzelfall ein Zuschlag überhaupt in Betracht kommt, kann dann nicht mehr entstehen.

Einheitliche Regeln für die Bemessung des Montagezuschlages nach entfernteren liegenden Orten werden sich kaum aufstellen lassen. Hier wird auf der Grundlage weiter gebaut werden müssen, die in den einzelnen Verträgen geschaffen sind. Einheitliche Zuschläge, etwa abgestuft nach der Höhe des Vertragslohnes, würden, wollte man diesen Gedanken in die Praxis überführen, Unzutraglichkeiten ergeben. Festgehalten muß aber daran werden, daß bei Montagearbeiten an Orten mit vertraglich festgelegten besseren Bedingungen diese erfüllt werden müssen, und auch die an diesen Orten übliche Arbeitszeit einzuhalten ist. Eine solche Bestimmung liegt gleichermaßen im Interesse der Arbeiter wie dem der Unternehmer, welche letztere dadurch vor unläuterer Konkurrenz geschützt werden.

Geschoßkörbe und Reichstarif.

Die deutsche Korbindustrie steht seit über 16 Monaten im Zeichen der Geschoßkorbfabrikation. Millionen Körbe zum Transport für Geschosse der verschiedensten Arten sind in dieser Zeit im ganzen deutschen Reich für die Heeresverwaltung geliefert worden, und es dürfte nur sehr wenig Orte geben, in denen Korbmacher in nennenswerter Zahl vorhanden sind, die nicht von diesem Zweig der Korbmacherei erfaßt wurden. In noch nie dagewesener Höhe sind Aufträge in der Korbindustrie erledigt worden, und dies war nur möglich unter Hinzuziehung von Tausenden ungelesener Männer und Frauen in Werkstattbetrieben und in der Heimindustrie.

Das für diese Riesenaufträge benötigte Material stieg im Preis zu nie geahnter Höhe, so daß die Rohfabriken und -händler ein Bombengeschäft machten und sämtliche alten, schon jahrelang lagernden Bestände zu horrenden Preisen absetzten. Da das Rohr ein Ueberseeprodukt ist und von unseren Feinden als Panzware betrachtet wird, dessen Einfuhr nicht mehr zugelassen wurde, war die Heeresverwaltung schließlich gezwungen, entgegen ihrer in Friedenszeiten geübten Praxis, die deutsche Weide als Flechtmaterial für Geschoßkörbe zuzulassen. Die Lieferungspreise für Geschoßkörbe aus Rohr wurden von den militärischen Ausgabestellen im allgemeinen gleichgestellt. Durch die Verwendung der Weide entstanden dann niedrigere Preise, da dieses Material ganz bedeutend billiger als Rohr zu haben ist. Trotzdem ist der Unternehmergewinn bei Weidenkörben entschieden ein besserer als bei Rohrverarbeitung.

Wie ist nun die gegenwärtige Lage für die Arbeiter der Geschoßkorbbiranchen? Alle monatlich in bestimmter Höhe laufenden Aufträge in Feldpatronen- und Munitionskörben C. 98 sowie Haltekappen sind zum 15. Januar d. J. gekündigt. Neue Aufträge werden, da angeblich Millionen vorrätig sind, in diesen Artikeln auf absehbare Zeit nicht mehr ausgegeben. Es werden allerdings eine Anzahl Betriebe eine Nachlieferungsfrist zur Fertigstellung ihrer Aufträge erhalten haben, jedoch ändert das nichts an der Tatsache, daß in der nächsten Zeit große Arbeitermassen, die bisher in Teilarbeit die genannten Korbbarten anfertigten, erwerbslos sein werden, das betrifft in der Hauptsache die Ungelernten und Frauen. Die gelernten Korbmacher werden voraussichtlich auf runde Langgranatenkörbe jeden Kalibers noch vorläufig Beschäftigung finden.

Der Höhepunkt der diesmaligen Geschoßkorbperiode ist also bereits überschritten. Es steht nun zu erwarten, daß in der nächsten Zeit das von früher her rühmlichst bekannte Wettrennen der Korbmachermeister um Erlangung neuer Aufträge zu jedem Preise eintreten wird. Natürlich soll dieses gegenseitige Niederkonkurrieren nur auf Kosten der Arbeiter stattfinden, indem die Arbeitslöhne wieder bis zum äußersten herabgedrückt werden sollen.

Der neue Reichstarif für die Geschoßkorbbiranchen wird es aber ermöglichen, daß diese, das gesamte Korbmachergewerbe schwer schädigende Methode der Korbmachermeister verhindert wird. Die maßgebenden Stellen

der Heeresverwaltung haben bereits den beiderseitigen Organisationen schriftliche Mitteilungen zugehört, aus denen hervorgeht, daß sie den Reichstarif als dankenswerte und zweckmäßige Maßnahme anerkennen und gewillt sind, denselben bei etwaigen künftigen Lohnstreitigkeiten als Inhalt zu benutzen sowie die darin festgelegten Gesichtspunkte und Lohnsätze bei Vergleichen von Korbbiranchen zur Geltung zu bringen. Die Unternehmer der Geschoßkorbbiranchen werden demnach nicht umhin können, bei Uebernahme von neuen Aufträgen mit ihren Arbeitern auf Grund des Reichstarifes über die Löhne zu verhandeln, eine Schundkonkurrenz, wie sie früher üblich war, ist fast gänzlich ausgeschlossen. Auch die Einteilung der Orte in drei Klassen ist heute bereits von der bayerischen Heeresverwaltung durchgeführt, und zwar auf Grund eines Planes, der bei ihr schon vor Abschluß unseres Reichstarifes bestanden zu haben scheint.

Nun hat es unter unseren organisierten Korbmachern freilich nicht an Stimmen gefehlt, die eine Verschlechterung ihrer bisherigen Verdienste in dem Abschluß des Reichstarifes erblickten. Teils werden, namentlich in den Reichstädten etwas höhere Löhne auf einzelne Positionen gezahlt, teils erblicken Kollegen in dem Abschluß des Tarifs für die Dauer des Krieges eine Benachteiligung, indem sie mit einer noch weiteren Steigerung der Lebensmittelpreise rechnen.

Alle diese Einwände sind sicherlich berechtigt und nicht von der Hand zu weisen, jedoch können diese Kollegen versichert sein, daß bei Abschluß des Tarifes außer diesen und noch andere in entgegengesetzter Richtung sich bewegende Gesichtspunkte berücksichtigt werden mußten. Wenn in einigen Orten mit höchsten Löhnen auf ein oder zwei Artikel 5 bis 10 Pf. herabgegangen wurde, so stehen in den schlechtest bezahlten Orten, die ja gerade die Schundkonkurrenz verursachen, Lohnhöherungen von 40, 50, 60 und 70 Pf. pro Korbbiranchen gegenüber. Gerade in den letzteren Lohnhöherungen liegt der Hauptwert des Reichstarifes, denn nur dadurch ist die Möglichkeit geschaffen, daß auch die Arbeiter der höchsten Lohnklasse an den Aufträgen partizipieren.

Wenn, wie von Kollegen ebenfalls verlangt wird, im Reichstarif ein Passus hätte aufgenommen werden sollen: „Schon vorhandene höhere Löhne müssen bestehen bleiben“ so wäre damit das Grundprinzip dieses Tarifes, feste, in drei Staffeln geteilte Löhne festzusetzen, durchbrochen worden und die Anerkennung derselben seitens der Heeresverwaltung zum mindesten in Frage gestellt worden.

Der Tarif bedeutet gegenüber den bisherigen Verhältnissen einen ganz gewaltigen Fortschritt, den unsere deutschen Korbmacher so recht in allen Punkten für sich ausnützen sollten, das würde mehr bedeuten, als an Kleinigkeiten herumzukritikalisieren. Einmal die Bahn eines Reichstarifes betreten, werden die Kollegen bald die Vorteile erkennen, um bei Abschluß eines neuen Tarifes die noch anhaftenden Mängel auszumergen und bessere Verhältnisse zur Durchführung zu bringen.

Soziales.

Anrechnung der Militärdienstzeit in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Der Bundesrat hat eine Bekanntmachung erlassen, welche den Verfall der Anwartschaft aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vorzuziehen will. Der § 1393 der Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß Militärdienstzeit als Beitragswochen der Lohnklasse II angerechnet werden, aber nur bei solchen Personen, die vorher berufsmäßig nicht nur vorübergehend versicherungspflichtig waren. Die neue Verordnung gestattet die Anrechnung der in deutschen oder österreichisch-ungarischen Diensten zurückgelegten Militärdienstzeit auch bei solchen Personen, bei denen die erwähnte gesetzliche Voraussetzung nicht zutrifft. Diese Bestimmung kommt also hauptsächlich Selbstversicherten zugute, denen die Wochen, die sie im Militärdienst zugebracht haben, als Selbstversicherungsbeiträge angerechnet werden. Eine weitere Bestimmung der Bundesratsbekanntmachung verlängert die Frist zur Nachzahlung von Versicherungsbeiträgen für solche Personen, die durch Maßnahmen feindlicher Staaten an der Beitragszahlung gehindert waren, bis zum Schluß desjenigen Kalenderjahres, das dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist. Beiträge, welche für Militärversonen zur fortgesetzten Selbstversicherung oder zur Hinterversicherung gezahlt worden sind, werden dem Versicherten auf Antrag ohne Zinsen erstattet. Die Bekanntmachung hat rückwirkende Kraft vom 1. August 1914 an.

Eine Weihnachtsreise nach Rußland.

Von Th. Leipart.

(Schluß)

Die Unterstände in den Schützengraben sind hier so groß, daß gewöhnlich je acht Mann darin liegen und sich neben der Lagerstelle noch nordwärts bewegen können. Eine Verabreichung verschaffte mir die Wahrnehmung, daß wir alle eine Ausnahme warm gehetzt vorfinden, so daß jedesmal ein dicker weißer Dampf in die kalte Winternacht entstieg, so oft wir die Tür zu einem Unterstand öffneten. Und wie war es, als ob ein Teil der Wärme aus den Unterständen auch in den tiefen Gräben selbst, in denen nur die Wachposten standen, festgehalten wurde. Jedenfalls kann ich zur Beruhigung mancher besorgten Kriegerväter sagen, daß die Kälte des russischen Winters unter den Verhältnissen, wie ich sie in der Stellung dieses Regiments erlebt habe, ganz erträglich war. Auch in den rückwärtigen Referenzstellungen machten die Unterkunftsräume auf mich einen beruhigenden Eindruck, weil ich mir die Lage unserer Soldaten zu denken zum Teil doch wesentlich unangenehmer vorgebildet hatte. Und eine gebückte Stimmung unter ihnen fand ich eigentlich nur in dem für die Referenz erichteten Unterstand, in dem ungefähr ein Dutzend Soldaten sich in ärztlicher Behandlung befanden. Wenn etwas unangenehmer Eindruck erweckte es nur, daß die Referenzen fast überall mit Lampenreife statt mit Stroh beheizt waren, aber das Geschäft ist leider furchtbar knapp, und so muß der Soldat sich wohl oder übel an ein hartes Bett gewöhnen. Die Oefen sind eingemauert und werden mit Holzkohlen geheizt, die von den Soldaten selbst in einem Kessel hergestellt werden und keinen Rauch abgeben. Das Ansehen der Soldaten, die zum Teil halb

entkleidet in den Unterständen saßen oder lagen, und ihre Stimmung habe ich viel besser als erwartet vorgefunden.

Nicht über alles, was ich gesehen und gehört habe, kann ich hier öffentlich berichten, aber ich muß doch hinzufügen, daß ich in diesem Bericht nichts zu verschweigen brauchte, was etwa die Lage unserer Soldaten ungünstiger beleuchten würde. Jetzt war dort, wo ich gewesen bin, auch die Verpflegung der Truppen so, daß sie damit zufrieden waren; nur vorher, während des langen Vormarsches, mußten sie oft Mangel leiden, weil die Feldküchen und Transportwagen nicht immer schnell genug nachkommen konnten.

Eine erste Klage hörte ich, und zwar aus dem Munde eines höheren Militärbeamten, darüber, daß die neu ausgebildeten Kriegstruppen wiederholt mit ungenügender Ausrüstung an Wollzeug aus den Garnisonen nach Rußland geschickt würden, und daß ihnen manchmal auch nicht schon für die lange Reise, wie es vorgeschrieben sei, die erhöhte Kriegslöhnung ausgezahlt worden wäre, so daß sie oft ohne einen Pfennig Geld eintreffen und nichts zurücksuchen haben. Der Erzähler sagte aber hinzu, daß er von sich aus eine energische Forderung hierüber an die zuständige Stelle eingereicht habe und von ihr Abhilfe bestimmt erhoffe.

Wer sich aus den Gewohnheiten und Bequemlichkeiten des Friedenslebens unmittelbar in die Lage unserer Soldaten im Felde versetzt denkt, stellt sich diese natürlich außerordentlich hart und entbehrungsreich vor. Aber die allmähliche Gewöhnung macht vieles erträglich, so daß der verwöhnteste Mensch manche Entbehrung bald nicht mehr empfindet. Diesen Eindruck habe ich aus den Unterständen und Schützengraben mit nach Hause genommen. Wenn in dieser Hinsicht an Stelle der immerwährenden Sorge um das Wohlbefinden jedes einzelnen Kollegen und Genossen

im Felde das Gefühl einer gewissen Beruhigung in meinem Innern Platz gefunden hat, so hat sich andererseits meine Bewunderung und Hochachtung vor den Leistungen der Soldaten, ihrer Ausdauer und ihrem Opfermut nur noch gesteigert, nachdem ich sie jetzt so direkt in ihrer schwierigen und gefährlichen Tätigkeit gesehen habe. Wen ich auch sprach, er wußte, um was es sich für ihn und uns alle handelte. Viel mag allerdings die Stimmung davon abhängig sein, ob die Offiziere ihre Leute anständig behandeln und für sie sorgen oder nicht. Sicherlich werden in dieser Hinsicht große Unterschiede herrschen, über die ich aber kein Urteil fällen kann, denn ich habe natürlich nur einen kleinen Teil der Front besucht und deshalb nur einen flüchtigen Einblick in die Verhältnisse dafelbst gewinnen können. Und so kann ich nur wünschen, sie möchten nirgends schlechter sein, als ich sie beobachtet habe.

Lebhaft habe ich es bedauert, daß ich keine Gelegenheit mehr fand, an einer Weihnachtsfeier an der Front teilzunehmen; ich hätte so gern — was ich übrigens bei Antritt der Reise besonders erhoffte — eine Weihnachtsrede im Kreise der Soldaten im Felde gehalten. Darunter wären dann gewiß auch einige Verbandskollegen gewesen, die sich wahrscheinlich ebenso wie ich über ein solches Zusammenreffen gefreut hätten. Aber dafür waren wir ja leider nicht durch unsere Schuld, zu spät gekommen. Schon neigte sich das alte Jahr zu Ende, den Sylvesterabend verlebte ich wieder im Eisenbahnzug, der uns, reich an Eindrücken und Erfahrungen, in langer Fahrt zurück in die Heimat führte. Manche Erfahrung, die ich auf dieser ungewöhnlichen Reise habe sammeln können, hoffe ich bestimmt, auch in unserem jetzigen und zukünftigen Kampfe für die Interessen der Arbeiterbewegung nützlich verwenden zu können.



- Ehrentafel**
der im Kriege gefallenen Verbandsmittglieder
- Der Name bedeutet die Zahlstelle, welcher der Kollege zugehört hat.
- Baul Altmann, Tischler, Berlin.
 - Hubert Bauch, Knopfmacher, Schmöln.
 - Hans Bachmann, Schreiner, Nürnberg.
 - Richard Bell, Tischler, Trebbin.
 - Gustav Böhme, Stodarbeiter, Meifen.
 - Rafar Wien, Pinselmacher, Nürnberg.
 - Paul Burkert, Tischler, Merane.
 - Wilhelm Campowall, Tischler, Berlin.
 - Adolf Caschka, Schreiner, München.
 - Karl Dengel, Drechsler, Nürnberg.
 - Friedrich Dörner, Schreiner, Nürnberg.
 - Wilhelm Ehrmann, Holzgerlinger.
 - Albert Erbsland, Schreiner, München.
 - Karl Fabian, Klavierarbeiter, Meifen.

- Robert Fehner, Klavierarbeiter, Meifen.
- Ferdinand Földwart, Nürnberg.
- Martin Gläzer, Polierer, Brand.
- Willi Glomann, Masch.-Arb., Nürnberg.
- Otto Glöck, Modellist, Meifen.
- Friz Greiner, Holzarb., Steinach.
- Alfred Großle, Tischler, Meifen.
- Andreas v. d. Grün, Schr., Nürnberg.
- Ferdinand Hauf, Holzarb., Nürnberg.
- Konrad Hengelheimer, Nürnberg.
- Emil Hempel, Klavierarb., Meifen.
- Willi Hermann, Eppendorf.
- Paul Heymann, Tischler, Meifen.
- Adolf Hirner, Schreiner, Nürnberg.
- Josef Hlawka, Schr., Frankfurt a. M.
- Kurt Jehmlich, Tischler, Meifen.
- Rudolf Jentner, Tischler, Rattowitz.
- Peter Kaiser, Stodm., Köln.
- Friz Alamandt, Polierer, Berlin.
- Leander Klaußner, Niederschlag.
- Georg Koch, Drechsler, Nürnberg.
- August Kretschmer, Schr., Nürnberg.
- Karl Krippaus, Masch.-Arb., Lübeck.

- Curt Landrock, Masch.-Arb., Rattowitz.
- Emil Lange, Eppendorf.
- Leonhard Leibenzeder, Schr., Nürnberg.
- Johann Lehmann, Kleinstfärb., Nürnberg.
- Otto Leipner, Stodarb., Meifen.
- Wilhelm Lübbe, Tischl., Schwerin i. M.
- Otto Luthardt, Holzarb., Steinach.
- D. Mahold, Nordhausen.
- Hans Mayer, Schreiner, München.
- Oskar Meinhold, Rastau.
- Friedrich Mohl, Schreiner, München.
- Otto Müller, Tischler, Magdeburg.
- Jakob Muffad, Schreiner, München.
- Arthur Raumann, Tischler, Meifen.
- Oskar Reuber, Eppendorf.
- August Ritsche, Tischler, Ludenwalde.
- Ludwig Ruppenberger, Pol., München.
- Jakob Rühle, Schreiner, Holzgerlingen.
- Heinrich Retschullat, Königsberg i. Pr.
- Heinrich Prell, Schreiner, Nürnberg.
- Max Prenzlau, Tischler, Berlin.
- Friedrich Reese, Stellmacher, Hamburg.
- Kurt Reichel, Polierer, Niederschlag.

- Paul Schaffranel, Masch.-Arb., Rattowitz.
- Karl Schäble, Freiburg i. B.
- Hans Schlichting, Schreiner, München.
- Michael Schlöder, Holzarb., Nürnberg.
- August Schmidt, Schreiner, Mainz.
- Arthur Schnabel, Knopfmach., Schmöln.
- Wilhelm Schönberg, Schreiner, Trier.
- Max Schönwoll, Stodarbeiter, Meifen.
- Karl Schulz, Tischler, Hamburg.
- Anton Schüffel, Klavierarb., Meifen.
- Hermann Schüge, Tischl., Finsterwalde.
- Kurt Seibel, Klavierarbeiter, Meifen.
- Heinrich Siche, Tischler, Rattowitz.
- Max Siche, Rahmenmacher, Berlin.
- Erich Stark, Klavierarbeiter, Meifen.
- Johann Steinbl, Bleist.-Arb., Nürnberg.
- Wilhelm Stock, Tischler, Quedlinburg.
- Josef Strotnsky, Tischler, Berlin.
- Max Strümpel, Tischler, Magdeburg.
- Heinrich Teufel, Schr., Nürnberg.
- Rudolf Wilhelm, Freiburg i. Schlef.
- Hans Wirth, Schreiner, Nürnberg.
- Ehrem Andenken!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 6. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Der Umtausch der mit Jahreschluss 1915 vollgelebten resp. abgelaufenen Mitgliedsbücher muß bis spätestens 15. Februar beendet sein, weil statutenmäßig ein Restieren von sechs Beiträgen alle Unterstützungsansprüche an den Verband verlorengelassen. Indem wir die betreffenden Mitglieder auf diese Bestimmung aufmerksam machen, weisen wir ferner auch darauf hin, daß bei acht Beitragsresten die Streichung aus der Mitgliederliste zu erfolgen hat. Wir bitten die Kollegen deshalb, auf den rechtzeitigen Umtausch ihres Mitgliedsbuches bedacht zu sein.

Nach der Vorschrift des Statuts hätte im zweiten Quartal dieses Jahres der erste ordentliche Verbandstag stattzufinden. Vorstand und Ausschuss des Verbandes sind jedoch auf Grund eingehender Beratung zu dem Beschlusse gelangt, während des Krieges einen Verbandstag nicht einzuberufen. Die Gründe für diesen Beschlusse werden von allen Mitgliedern, besonders von den im Felde befindlichen, gewiß gebilligt werden. Weit über die Hälfte unserer Mitglieder sind zum Heeresdienst einberufen und damit der Teilnahme am Verbandsleben vorübergehend entzogen. In Abwesenheit der Mehrheit der Mitglieder kann nach Meinung des Vorstandes und Ausschusses kein Verbandstag abgehalten werden, um so weniger, als auch die Zukunft noch derart unsicher vor uns liegt, daß schon aus diesem Grunde irgendwelche Entscheidungen über die inneren Einrichtungen und die weitere Entwicklung des Verbandes vorläufig gänzlich getroffen werden können.

Mit dem Verbandstag müssen natürlich auch die regelmäßigen Goutage ausfallen, die sonst in diesem Frühjahr stattzufinden hätten. Die Goutavorgänge, die hierüber beraten haben, sind einmütig der Auffassung des Vorstandes und Ausschusses beigetreten. Wir geben uns deswegen der sicheren Erwartung hin, daß auch die Mitglieder ihre Zustimmung dazu, daß sowohl die Goutage wie der Verbandstag vorläufig nicht abgehalten werden sollen, nicht verjagen werden.

Die Geltungsdauer des jetzigen Statuts verlängert sich hiernach solange, bis ein Verbandstag stattfinden kann.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 2395 Eduard Bräuer, Pol., geb. 7. 7. 74 zu Leipzig.
 - 9727 Eugen Roschlaub, Korbm., geb. 24. 6. 96 zu Coburg.
 - 69088 Franz Probst, Korbm., geb. 28. 11. 96 zu Neuses.
- Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Vergolter.

Die Zahlstellenleitungen werden hiermit gebeten, über andere Branche einen Situationsbericht vom verfloffenen Berichtsjahr umgehend einzusenden. Da während des Krieges die sonst übliche Berichterstattung fast gänzlich unterblieben, wird eine allgemeine Beteiligung erwartet. Eine nochmalige Aufforderung ergeht nicht.

Die Zentralkommission.
A.: Alfred Jhlan, Berlin SO. 36, Plegitzer Str. 30.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Korbmacher-Zwangs-Innung hatte in ihrer letzten Quartalsversammlung den zwischen dem Verband selbständiger Korbmacher Deutschlands und dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande abgeschlossenen Reichstarif für die Geschloßkorbbranche abgelehnt. Sie hat mit diesem Beschlusse einen Wandel an sozialem Verständnis an den Tag gelegt, wie er größer nicht erwartet werden konnte. Von Vorstandsmitgliedern wurde behauptet, daß der Reichstarif nur abgeschlossen sei, um die Arbeit auf Geschloßkörbe aus Berlin zu verdrängen. Ferner sei die Innung vor Abschluß des Vertrages nicht befragt worden, und außerdem seien frühere Abmachungen, zu denen die Innung ihre Unterschrift gegeben, seitens der Geschloßkorbfabrikanten nicht gehalten worden, sondern es sei von den vereinbarten Löhnen abgezogen worden. Trotz dem den Herren sofort erwidert wurde, daß diese Gründe gerade bewiesen, wie notwendig eine Verhandlung mit dem Reichstarif sei, auch ge. Die Geschloßkorbfabrikanten den Reichstarif zur Annahme annehmen, wurde der letztere doch abgelehnt. Dieser Beschlusse beweist die Rückständigkeit: der in dieser Innung maßgebenden Personen und noch in anderer Beziehung. Bei Verlesung der Kassensprüche erklärte der Obermeister Kühner, daß die In-

nungs-kasse, welche seit Jahren mit Defizit arbeitete, jetzt, durch die vielen auf Geschloßkörbe beschäftigten Personen, für welche Beiträge an die Innungskasse zu leisten sind, wieder alle Schulden los sei und noch einen größeren Ueberschuss zu verzeichnen habe, der sich noch vermehren werde, sobald alle Beiträge für 1915 eingegangen seien. Dem Vorstandsstiche aus wurden die Geschloßkorbfabrikanten dringend aufgefordert, zu der am 27. d. M. stattfindenden Hinderburg-Christung seitens der Berliner Innungen einen möglichst großen Beitrag in die Innungskasse zu leisten, denn das Berliner Handwerk müsse zeigen an diesem Tage, daß es noch da sei, und daß es auch was leisten kann. Die Innungsgrößen haben also sehr wohl begriffen, daß bei der Geschloßkorbfabrikation das Korbmachergewerbe ganz gut abgeschnitten hat, daß selbst ihre Kassen sich ganz gut gefüllt haben, aber wenn es gilt, gemeinsam mit den Arbeitern eine gesunde Grundlage für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, dann sind die wichtigsten Gründe gut genug, um die Arbeiterorganisation und deren gerade während der Kriegsdauer geleistete gegenständige Arbeit abzuweisen. Die Berliner Korbmachereinnung hat während dieser Geschloßkorbfabrikationsperiode aus eigenem Antriebe nicht einen Finger gerührt, um die Arbeitsverhältnisse ordnungsgemäß zu gestalten. Die Berliner Korbmachergesellschaften haben diese Arbeit allein mit Hilfe ihrer Organisation geleistet und werden das auch für die Zukunft tun.

Lauterberg a. Harz. Das abgelaufene Jahr war für die Kollegen unserer Zahlstelle sehr reich an trübten Erfahrungen. Die Teuerung wurde um so schwerer empfunden, als der Geschäftsgang sehr schlecht war. Das gilt insbesondere auch von den größten Betrieben, der Stuhlfabrik Germania A.-G. und der Pinselfabrik. Eine erhebliche Anzahl von Kollegen, die in diesen Betrieben gearbeitet hatten, mußten an anderen Orten Arbeit suchen. Die Verwaltung der Zahlstelle war ihnen hierbei soweit als möglich behilflich, u. a. gelang es, eine Anzahl Kollegen auf der Werk in Wilhelmshaven unterzubringen. In der Pinselfabrik ist die Beschäftigung sehr unregelmäßig; in der einen Woche wird 5 Tage gearbeitet, in der anderen nur 3 oder 4 Tage. Die Löhne der Arbeiterinnen sind infolgedessen stark herabgedrückt. Verhandlungen mit den Geschäftsinhabern führten zu keinem Ergebnis; im Hinblick auf den schlechten Geschäftsgang lehnten sie es ab, Zugeständnisse zu machen. Unsere Verwaltung hat großen Fleiß auf die Wahrnehmung der Interessen der Kollegen und insbesondere auch der Frauen der zum Heeresdienst einberufenen Verbandsmitglieder verwendet. Es wurden eine sehr erhebliche Anzahl von Eingaben an die verschiedensten Behörden und Amtsstellen gerichtet, bei denen öfters das gewünschte Entgegenkommen gefunden wurde. Ein Besuch an den Magistrat hatte zur Folge, daß durch dessen Vermittlung vom Pflanzamt Hannover 1200 Unterhosen zur Anfertigung nach hier vergeben wurden. Die Arbeit wurde von den Frauen unserer Kollegen angefertigt, wobei ihnen, da jeder Zwischenverdienst ausgeschaltet war, weil die Verteilung der Arbeit durch den Bevollmächtigten und dessen Frau besorgt wurde, ein annehmbarer Verdienst zuzufloß. Viele Kriegerfrauen haben das Wirken unseres Verbandes im Kriege dankbar empfunden, und des öfteren haben sie gelobt, daß ihre Männer, sofern sie aus dem Kriege zurückkehren, dem Verbands treue Mitglieder werden müßten. Leider ist für die nächste Zeit eine Besserung der Verhältnisse nicht zu erwarten. Bei der Germania A.-G. ist sogar am 17. Januar allen Arbeitern gekündigt worden. Wir sehen daher recht trübten Zeiten entgegen.

Teuerungszulagen und Lohnbewegungen.

Aus Eßlingen war in Nr. 4 eine Mitteilung über Teuerungszulagen in der Maschinensabrik gemacht worden. Von dem Einkender jener Notiz werden nun diese Angaben folgendermaßen berichtigt: Die angegebenen Zuschläge werden nicht pro Woche, sondern pro Monat gewährt. Aus der Vorlage war das nicht ersichtlich. Außerdem erhalten diese Teuerungszulage nur Arbeiter, die unter einem Durchschnittsverdienst von 60 Pf. pro Stunde stehen. Da der Akkordverdienst hierbei in Berechnung gestellt wird, erhalten auf diese Art nur ein verschwindend kleiner Teil von Hilfsarbeitern diese Zulage, zumal sie an Ledige nur ausbezahlt wird, wenn sie für den Unterhalt ihrer Eltern aufkommen müssen.

Ein Brief aus Frankreich.

Der neuesten Nummer des „Bulletin“ der Internationalen Union der Holzarbeiter entnehmen wir den folgenden Artikel:

Der Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter hatte an den Kollegen Picart in Paris, Sekretär des Französischen Bauarbeiter-Verbandes, ein Schreiben gerichtet, worauf Picart in rein persönlicher Eigenschaft geantwortet hat. Er schreibt, daß die Genossen in Frankreich das Verhalten einer großen Anzahl von deutschen Sozialisten und Gewerkschaften unverständlich finden, daß

sie aber „festhalten an dem Glauben an die Arbeiterinternationalen, die wir nach Abschluß des Krieges wieder aufbauen werden, weil sie nötiger als jemals sein wird. Wir müssen sie sogar auf festerer Grundlage als vorher errichten“.

Ueber den Stand der Organisation während des Krieges enthält der Brief des Kollegen Picart folgende Angaben: Der Verband der Möbelarbeiter besteht noch unter der alten Adresse, aber der Kollege Toussaint ist zum Heere eingezogen und der Posten des Sekretärs deswegen vorläufig aufgehoben worden.

Die derzeitige Tätigkeit des Bauarbeiter-Verbandes und die Lage der Holzarbeiter im Baugewerbe betrifft, so können Sie dieselbe am besten aus unserem „Travailleur du Bâtiment“ vom April, Juli und Oktober erfahren. Genaue Statistiken haben wir über die Zusammensetzung unserer Organisation nicht. Von unseren Mitgliedern sind ungefähr 80 Prozent einberufen. Eine große Anzahl ist schon als Opfer des Krieges gefallen. In den ersten Monaten des Krieges herrschte große Arbeitslosigkeit. Seitdem aber ist sie sehr behoben worden. Aber das Bauhandwerk als eine Friedensindustrie ist eine der am schwersten betroffenen. Zurzeit gibt es sehr wenig Bauarbeit oder öffentliche Bauten. Indessen beschäftigen die Militärbehörden eine große Anzahl Erdarbeiter einerseits, Tischler und Zimmerer andererseits; die Munitionsfabrikation eine große Anzahl unserer Schlosser. Den anderen Arbeitslosen ist es fast durchweg gegliückt, in anderen Industrien oder bei Feldarbeiten in der Provinz anzukommen.

Die Regierung hatte überdies Maßnahmen zur Unterstützung der Familien der Einberufenen und der Arbeitslosen getroffen. Ebenso haben unsere Organisationen Kassen zur Unterstützung und gegenseitigen Hilfe eingerichtet.

An einigen kleinen Orten sind die Gewerkschaften fast vollkommen durch die Einberufung aller Mitglieder aufgelöst worden. Anderwärts indessen leben sie wieder nach und nach auf und nehmen ihre Tätigkeit wieder auf. Fast überall ist es ihnen gelungen, sich gegen Lohnrückstufen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu wehren.

Wir haben unser Nationalkomitee nicht einberufen können, weil dessen Mitglieder zum größten Teil zum Heere eingezogen sind. Deshalb hat der geschäftsführende Ausschuss (commission exécutive), wenn auch seinerseits reduziert, die Leitung des Verbandes übernommen und für eine permanente, sich auf einen Sekretär beschränkende Geschäftsführung gesorgt.

Mit Ihnen hoffend, daß die Kollegen und die Arbeiterschaft sich bald wieder im Frieden vereinigen können, um auf den Trümmern des Militarismus die Vereinigten Staaten Europas zu gründen, sende ich Ihnen die besten Grüße.
A. Picart, Paris.

Geschloßkorbfabrikation in Belgien.

Der Zeitschrift „Der Arbeitsnachweis in Deutschland“ entnehmen wir, daß beabsichtigt sei, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Belgien dort die Fabrikation von Geschloßkörben im großen zu betreiben. Gegen diese Absicht hat sich die oberfränkische Handelskammer in einer Eingabe an die bayerische Regierung und an das Generalgouvernement in Brüssel gewendet. In dieser Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die oberfränkische Korbindustrie, die hauptsächlich für den Export arbeitet, bei Ausbruch des Krieges zunächst in eine äußerst unglückliche Lage geraten ist. Als auf Antrag der Handelskammer die nötige Menge Korbrohr zum Anfertigen von Waren für den privaten Bedarf freigegeben wurde, haben sich die Verhältnisse zeitweilig gebessert, aber die Aufträge für den Privatbedarf können der Industrie nur ungenügende Beschäftigung bieten. Wenn trotzdem ein Notstand von den Heimarbeitern der Korbindustrie abgewendet wurde, so ist das dem Umstand zu danken, daß die Militärverwaltung große Aufträge zur Lieferung von Geschloßkörben erteilte. Würde in Belgien die Geschloßkorbfabrikation im großen betrieben, dann würde nicht nur den Korbmachern die Arbeitsgelegenheit entzogen, auch die Bau-, Siegel- und Porzellanarbeiter würden betroffen, die in der Geschloßkorbfabrikation ein Unterkommen gefunden haben. Die Zahl der zurzeit mit der Herstellung von Geschloßkörben beschäftigten Korbmacher beiderlei Geschlechts im Frankenwalde wird auf etwa 15 000 veranschlagt. Ueber das Ergebnis der Eingabe wird an der angegebenen Stelle nichts mitgeteilt.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre „Correspondenzblatt“.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ kann nun auch auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Am 20. Januar 1891, einige Monate nach der Gründung der Generalkommission, gab diese die erste Nummer ihres „Correspondenzblatt“ heraus. Klein und bescheiden, wie der Zweck des Blattes, war auch sein Umfang. Es war nur für die Vorstände und Vertrauensleute der Gewerkschaften und die Redaktionen der

Arbeiterzeitungen bestimmt, denen es die Kenntnis von den Bekanntmachungen und Aufrufen der Generalkommission vermittelte.

Mit dem Erstarben der Generalkommission und der Auswehung ihres Wirkungsbereiches stieg auch die Bedeutung des „Correspondenzblatt“.

In der Nummer 4 des „Correspondenzblatt“ wird in einer Reihe von Artikeln der Werdegang des Blattes geschildert.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe. Bekanntlich hat das Reichsamt des Innern, wie für das Baugewerbe so auch für das Malergewerbe, Verhandlungen über die Verlängerung der im Frühjahr abzulaufenden Tarifverträge angeregt.

25. Januar im Reichsamt des Innern, unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Caspar, statt. In den Verhandlungen waren beteiligt auf Arbeitgeberseite der Arbeitgeberverband im Malergewerbe, der Bund deutscher Dekorationsmaler und der Westdeutsche Malermeisterverband.

Das Ergebnis der Verhandlungen war die Bewilligung einer Kriegssteuerzuschulage von 6 Pf. pro Stunde, in den Städten, in welchen die Arbeitszeit 9 Stunden beträgt; in den Städten mit längerer Arbeitszeit beträgt die Zulage 5 Pf.

Diese Vereinbarungen gelten vorbehaltlich der Zustimmung der Organisationen, die sich bis zum 15. Februar erklärt haben müssen.

Der Schlichterverband wird trotz des Krieges seinen ordentlichen Verbandstag abhalten; der Vorstand beruft ihn auf den 19. Juni nach Stuttgart.

Die Verwaltung des Berliner Gewerkschaftshauses er sucht uns um Aufnahme der folgenden Notiz: In Urlaub reisende Soldaten, Verbandsmitglieder und Nichtverbandsmitglieder, die Berlin passieren, werden auf die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses, Engel- ufer 15, aufmerksam gemacht.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Mühlischen Platz 2, bezogen werden.

„In Freien Stunden“, die im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Wochenschrift hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch Verbreitung guter Romane und Erzählungen der Schundliteratur entgegenzuwirken.

Im Kampf gegen Aukland. Von Wilhelm Conrad Gomoll. Leipzig, F. A. Brockhaus. 180 Seiten mit 42 Bildern. Feldpostausgabe Preis 1 Mk.

Das vorliegende Buch ist ein Gegenstück zu Sebins „Volk in Waffen“ und Wegeners „Ball von Eisen und Feuer“.

„Kosmos.“ Handweiser für Naturfreunde. Herausgegeben vom Kosmos, Gesellschaft für Naturfreunde (Geschäftsstelle: Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart).

Die Feste des Handweisers behandeln neben den reinen Naturwissenschaften auch verwandte Fächer, wie Wandern und Reisen, Wald und Heide, Haus, Garten und Feld, Photographie, Technik, Natur und Heimatschutz.

Gestorbene Mitglieder. Max Prather, Klavierarbeiter, 46 Jahre, gest. in Meissen. Bruno Dietrich, Klavierarb., 50 Jahre, gest. in Meissen. Gustav Weisse, Polierer, 53 Jahre, gest. in Meissen.

Tüchtiger Schneidemüller, militärfrei, der mit Hoffmann'schem Vollgatter vollkommen Bescheid weiß, gesucht. Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und Zeugnisabschriften an Cremer & Große, Dresden-N. 23.

Drei Korbmacher auf Fischkörbe bei Tariflohn und Teuerungszulage gesucht. S. Ehlers, Seiffert bei Geestemünde. Einen Korbmacher auf Mattarbeit stellt sofort ein S. Streckwald, Borstel b. Jork.

2 Korbmachergesellen auf Mattarbeit für sofort gesucht. A. Ehler, Schöningen (Braunschweig). 3 tüchtige Korbmacher auf grün gemattete und geschlagene Arbeit stellt sofort ein (Lohn nach dem Braunschweiger Tarif) Fritz Kamrath, Korbmachermeister, Osterburg (Altmark).

Tüchtige Tischler suchen vor sofort G. Wunderlich G. m. b. H., Lübbenau (Spreewald). Mehrere Tischler und Fertiggolierer gesucht. Grotzian, Steinweg Nachf., Scharnhorstfabrik, Braunschweig.

zur Massenherstellung von Liegnitzer Ringtischen werden tüchtige Tischler eingestellt. S. Fritsche & Co., Liegnitz. Maschinenarbeiter für Nagelmaschine (System Bohm & Kruse) sofort oder später gesucht.

Tüchtiger Korbmacher sofort verlangt. Lohn nach Reichstaxi. Frau Martha Kargel, Schwiebus. Korbmacher! Gesellen auf Peddig, gefrenzte und geschlagene Arbeit stellt sofort ein auf dauernde Beschäftigung.

Borstenzurichter! Ein perfekter Borstenzurichter findet dauernde und lohnende Stellung bei Heinrich Haas, Pinselfabrik, Schwelm (Westf.). Tüchtiger Bürstenmacher auf dauernd sofort gesucht. Ferd. Hönemann, Köln, Duffesbach 18.

4 Tischler gesucht. Gebr. Behrend, Coswig (Anhalt). Große landwirtschaftliche Maschinenfabrik sucht zu möglichst sofortigem Eintritt einen Tischler- oder Stellmachermeister. Erfahrungen im Bau von Dreschmaschinen oder im Bau, genaue Kenntnisse des Lohn- und Korbwebers und rationelle Arbeitseinteilung sind erforderlich.

Maschinenarbeiter für Nagelmaschine (System Bohm & Kruse) sofort oder später gesucht. Lohn nach Leipziger Tarif und Zuschlag. Ritzschfabrik Hübshmann, Leipzig-A., Wölkauer Straße 18. 1 Kappler und 2 Polierer nach Mitteldeutschland (Hartz) sofort verlangt.

G. Frickenmeier, Kopenhagen, Teglaardsstræde 4-8 (Dänemark). Korbmacher auf Mattarbeit für dauernd gesucht. Helmut Soy, Wolgast i. Pomm. 15 Korbmacher auf Minenkörbe stellt sofort ein Bohnsack & Co., Barmen, Gewerbeschulstr. 47.

Ein ordentlicher Bürstenmacher findet dauernde Arbeit bei E. S. Peck, Riussballig bei Einfeld (Schlesw.). Drechsler, Bürstenholzbohrer und Möbeltischler auf Kontormöbel und für bessere furnierte Arbeit gesucht. Verwaltungsstelle Magdeburg, Gr. Storchstr. 7.

Schreiner Geselle auf Holzwerke sofort für dauernde Arbeit gesucht. F. Janning, Effen-Ruhr, Gurtauer. 42a.

Korbmacher stellt noch ein Zeitzer Transportkorbfabrik Zeit, Leipziger Straße 14. 5 Korbmacher auf über Geschloßkörbe und Minenkörbe sofort gesucht. Herm. Gilling, Rheine (Westf.).

Sechzehn Jahre in Sibirien von L. O. Deutsch 2. Teilend. Gebunden 2,50 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Table with columns: Ort, Beruf, A, B, C, D, E, F, G, H, I, J, K, L, M, N, O, P, Q, R, S, T, U, V, W, X, Y, Z. Rows include Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Chemnitz, Eisenburg, Forst, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, Zusammen, Vor. Woche.